



Ratsreport

14. November 2017

Inhalt

Ebertplatz den Menschen zurückgeben!	3
Wohnungsbau entschlossen angehen – Bus und Bahn parallel ausbauen!	4
Weg ist frei für mehr grüne Dächer und Fassaden für unsere Stadt!	5
Reinigung der Schultoiletten verbessern	6
Kurz notiert	7
» Haushalt 2018: Köln verpasst seine Zukunft	7
» Psychosoziale Vorsorge von Kindern und Jugendlichen läuft dank SPD weiter	7
» Befristete Verträge sind inakzeptabel	7
» Gut Leidenhausen: Gründung eines Umweltbildungszentrums auf den Weg gebracht	8



Martin Börschel: "Alle maßgeblichen Akteure gehören an einen Tisch für eine gute Zukunft am Ebertplatz."

Ebertplatz den Menschen zurückgeben!

SPD-Fraktion initiiert Aktuelle Stunde im Rat zur Zukunft des Ebertplatzes

Mit dem gewaltsamen Tod eines jungen Mannes im Oktober dieses Jahres ist der tragische Höhepunkt einer Fehlentwicklung am Ebertplatz erreicht worden. Nicht zuletzt durch die Verdrängung der Dealer-Szene aus dem Domumfeld aufgrund verstärkter Kontrollen durch die Polizei hat sich die Situation dort stetig verschärft. Der Ebertplatz entspricht zudem in seiner baulichen Gestaltung nicht mehr den Ansprüchen, die man heute unter stadtgestalterischen Aspekten an einen solchen zentralen, innerstädtischen Platz stellen würde.

Bereits mit dem Ratsbeschluss zum Masterplan aus dem Jahr 2009 ist der Ebertplatz als Interventionsraum erkannt und bestimmt worden. In der Folge gab es eine Vielzahl weiterer Beschlüsse zur baulichen Neugestaltung des Ebertplatzes. Das bis heute nichts passiert ist, liegt also nicht am Mangel an politischen Beschlüssen, sondern beruht auf einem Umsetzungsdefizit seitens der Stadtverwaltung. Deshalb ist es umso wichtiger, dass die Stadtverwaltung künfti-

ge Maßnahmen zur baulichen Verbesserung parallel und nicht nacheinander angeht.

Schon Ende 2016 hat z.B. die SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Innenstadt beantragt, die Beleuchtung der Passagen und die Ausleuchtung des Platzes deutlich zu verbessern, für einen regelmäßigen Rückschnitt in den Grünflächen zu sorgen, Graffiti und Zerstörungen kontinuierlich zu beseitigen sowie zu prüfen, ob der Ebertplatz auch als Veranstaltungsort bespielt und dadurch seine Attraktivität gesteigert werden kann.

Passiert ist rund ein Jahr später zunächst: Nichts!

Erst nach der jüngsten Eskalation werden die Verantwortlichen aktiv – allerdings mit Schnellschüssen wie der Idee, Zugänge zum Ebertplatz zuzumauern. Das war weder innerhalb der Stadtverwaltung abgestimmt, noch ist es den verantwortlichen politischen Gremien und den betroffenen Nutzern vor Ort kommuniziert worden. Gleiches gilt für die Kündigung der Kunsträume vor Ort. Dabei muss das Ziel doch sein, den Platz zu beleben, sei es durch die Kunstschaaffenden

vor Ort oder z.B. die Überlassung der Ladenlokale für Startups zu günstigen Konditionen. Den Ideen und Möglichkeiten sind keine Grenzen gesetzt, wenn der Wille für ein Umdenken da ist.

Die Aktuelle Stunde im Rat hat die Diskussion jetzt endlich auch im politischen Raum eröffnet. Das kann aber nur ein erster Schritt

sein. Martin Börschel, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat: "Die Oberbürgermeisterin muss nun endlich ein Gesamtkonzept entwickeln, dass Elemente des Polizei- und Ordnungsrechts mit Streetwork und Sozialarbeit verbindet. Alle maßgeblichen Akteure gehören an einen Tisch für eine gute Zukunft am Ebertplatz."

Wohnungsbau entschlossen angehen – Bus und Bahn parallel ausbauen!

Rat beschließt auf SPD-Initiative Wohnungen und Bahnanschluss in Zündorf-Süd.

Der Wohnungsmarkt in Köln ist zurzeit sehr stark angespannt. Immobilienpreise und Mieten steigen. Bis zum Jahr 2019 braucht Köln fast 30.000 und bis zum Jahr 2029 nahezu 66.000 neue Wohnungen. Grund genug, endlich zu handeln. Daher hat die SPD-Fraktion im Rahmen der Haushaltsplanberatungen gefordert, ein Wohnungsbauprogramm in Höhe von 500 Mio. Euro aufzulegen sowie die Stadtbahninfrastruktur schneller auszubauen.

Für ausreichend bezahlbare, neue **Wohnungen** wird es bei weitem nicht ausreichen, Wohngebiete innerhalb der Stadt nachzuverdichten. Zusätzlich müssen die wenigen bisher identifizierten Flächen mit Potenzial für Wohnungsbau, die es in Köln gibt, entschlossen entwickelt werden. Daher hat die SPD-Fraktion heute beantragt, für eines dieser Gebiete – Zündorf-Süd – das Planungsverfahren wieder aufzunehmen. Bereits 2014 hatte der Stadtentwicklungsausschuss einstimmig die Entwicklung dieses Neubaugebietes beschlossen, seitdem stockt das Verfahren. Die SPD forderte zudem ein Umweltgutachten sowie die Fortsetzung der Bürgerbeteiligung.

Wie alle neuen Wohngebiete, soll auch Zündorf-Süd von Anfang an **mit Bus und**

Bahn erreichbar sein. Daher muss die notwendige ÖPNV-Infrastruktur (Verlängerung der Stadtbahn-Linie 7) und die übrige verkehrliche Infrastruktur (z.B. Entlastungsstraße Zündorf mit Anbindung an die A59) parallel mit der Bebauung fertig gestellt werden. Mit der Stärkung und Ausweitung des KVB-Busnetzes insbesondere in den Außenbezirken und zur Anbindung von Neubaugebieten hat sich heute auch eine weitere Ratsinitiative beschäftigt, der die SPD konsequenterweise ebenfalls zugestimmt hat.

Michael Frenzel, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion: „Für die Verlängerung der Linie 7 nach Zündorf-Süd dürfen wir nicht ewig auf Förderzusagen warten. Wir fordern, dass jetzt zusammen mit Bund und Land geprüft wird, wie wir die Verlängerung mindestens bis zur Ranzeler



Ein neues Wohngebiet im Zündorfer Süden mit guter ÖPNV-Anbindung in attraktiver Lage.

Straße förderunschädlich vorfinanzieren können – oder unter welchen Bedingungen wir sie als Stadt zur Not gar selbst finanzieren. Die gegenseitige Blockade in der Verwaltung muss endlich enden. Wir brauchen einen Fahrplan für die weitere Entwicklung von Zündorf-Süd.“

Der Rat hat sich heute den Forderungen der SPD angeschlossen: Ein wichtiges Zeichen für den Wohnungsbau. Frenzel weiter: „Endlich haben sich CDU und Grüne bewegt. Das ist ein kleiner Fortschritt für den Wohnungsbau in Köln – der eine der größten Herausforderungen ist, vor denen unsere

Weg ist frei für mehr grüne Dächer und Fassaden für unsere Stadt!

Erfolg in Runde 3

Wie der aufmerksame Leser des Ratsreports weiß: Unser Antrag zur Dach- und Fassadenbegrünung stand schon in den letzten beiden Ratssitzungen auf der Tagesordnung. Heute konnte der gordische Knoten endlich durchschlagen werden: Der Rat hat unsere Initiative aufgegriffen und als gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, Grünen, Linke, FDP und den Gruppen „GUT“ und „BUNT“ verabschiedet.

Ziel des Antrags ist der Einstieg in eine konsequente Förderung von begrünten Dächern und Fassaden in unserer Stadt. Zusätzlich soll nun ein Programm zur Entsiegelung von Flächen vor gestartet werden.

Gelingen soll dies u.a. durch Festsetzungen in Bebauungsplänen, aber auch durch Beratung und Öffentlichkeitsarbeit. Das Konzept soll unter anderem Zuschüsse an Bauherren und Hausbesitzer berücksichtigen. Auch die Kombination mit erneuerbaren Energien sowie aktiven Maßnahmen zur Ansprache von Eigentümern sollen in das Konzept einfließen. Stadt Köln und die stadteigenen und -nahen Betriebe sollen bei Neubau und

Stadt im Moment steht. Gerade bezahlbare Wohnungen sind Mangelware. Für junge Familien, die in Köln immer schwieriger eine Wohnung finden, ist das endlich eine gute Nachricht.“

Unser Antrag findet sich hier:

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=71692&vo-select=16713

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=636999&type=do&>



Begrünte Dächer wie hier am Savoy-Hotel am Eigelstein sorgen für gutes Klima in der Stadt.

Sanierung städtischer Gebäude eine Vorbildfunktion einnehmen.

Grüne Dächer und Fassaden verbessern das Klima in unserer Stadt, werten das Erscheinungsbild auf und können – bei begrünten Dächern – sogar im dicht bebauten Raum neue Flächen erschließen. „Ich freue mich, dass die anderen Fraktionen unsere Initiative mittragen. Unter Federführung der SPD ist es uns gelungen, einen gemeinsamen Weg

zu finden, wie wir für Köln eine umfassende Dach- und Fassadenbegrünung erreichen können. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur klima- und sozial gerechten Stadtgestaltung“, so Rafael Struwe, Vorsitzender des Ausschusses Umwelt und Grün.



Die Rheinenergie als städtische Tochter geht mit gutem Beispiel voran.

Reinigung der Schultoiletten verbessern

Für SPD-Fraktion ein absolutes Muss. Doch Jamaika ignoriert die Realität.

Unsere Schulen werden in den letzten Jahren erheblich intensiver genutzt. Der OGTS-Ausbau und auch der zunehmende Schulbetrieb am Nachmittag, die Einrichtung zahlreicher zusätzlicher Klassen und auch ganzer Züge – all das hat eine deutlich intensivere Nutzung der Toiletten zur Folge. Die SPD hat aufgrund zahlreicher Beschwerden aus vielen Schulen reagiert und über Monate hinweg beantragt, dass die Toiletten künftig zweimal statt einmal täglich gereinigt werden.

Öffentlich hatten CDU, Grüne und FDP stets betont, häufigere Reinigungen der Schultoiletten ebenfalls zu unterstützen. Ein SPD-Antrag zum Haushalt 2018 wurde von Jamaika mit der Begründung abgelehnt, dies werde ohnehin in den Etatentwurf aufgenommen. Bei der Verabschiedung des Haushaltes Anfang November stellte sich jedoch heraus: Alles nur heiße Luft. CDU-Fraktionschef Petelkau erklärte sogar in seiner Rede, die Sauberkeit der Toiletten sei Aufgabe der Erziehungsbeauftragten und eine zusätzliche Reinigung am Tag halte er für überzogen, da es sich um Einzelfälle handle.

Franz Philippi, schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion hierzu: „Egal, mit wem ich spreche – Schulleitungen, Lehrern, Eltern,

Schülerinnen und Schülern: Die Realität sieht völlig anders aus und wird von CDU, Grünen und FDP entweder nicht gesehen oder schlichtweg ignoriert. Schmutzige Toiletten und zu seltene Reinigung sind ein Problem an vielen Schulen. Bei veränderter Nutzungsintensität muss man eben auch die Reinigung anpassen. Das kleinzureden ist völlig daneben, das können wir so nicht hinnehmen!“

Sollte es an Ihrer Schule oder der Schule Ihres Kindes ebenfalls Probleme geben, wenden Sie sich gerne damit an spd-fraktion@stadt-koeln.de. Wir kümmern uns!



Für häufigere Reinigungen von Schultoiletten sahen CDU, Grüne und FDP keine Notwendigkeit.

Kurz notiert

Haushalt 2018: Köln verpasst seine Zukunft

Der von Jamaika beschlossene Haushalt für das Jahr 2018 ist mutlos, verzagt und setzt auf die falschen Themen. Dabei liegen die Probleme und Herausforderungen in der wachsenden Stadt auf der Hand: Köln braucht mehr Investitionen in Wohnungsbau, einen Ausbau der Infrastruktur und gute Bildung, die nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Doch weder die Stadtverwaltung noch Jamaika sind bereit, diese Probleme zu benennen, geschweige denn sie zu lösen. So lässt der Haushalt Visionen und Gestaltungsanspruch völlig vermissen.



Ohne Bewusstsein für die Probleme der Stadt steuern CDU, Grüne und FDP Köln in eine dunkle Zukunft.

Psychosoziale Vorsorge von Kindern und Jugendlichen läuft dank SPD weiter - Arbeitsverhältnisse erfolgreich entfristet

Die wichtige Früherkennung und Versorgung von Kindern und Jugendlichen, die Zeichen einer psychischen Störung aufweisen, wird unbefristet weiterlaufen. Auch die Arbeitsverhältnisse der beim städtischen Gesundheitsamt angesiedelten Mitarbeiter sind entfristet worden. Ein schöner Erfolg für Patientinnen und Patienten sowie die Arbeitnehmer, der auf das Engagement der SPD zurückzuführen ist. Wir konnten erreichen, dass das ursprünglich nur bis Ende des

Jahres gesicherte Projekt weitergeht. Durch die Entfristung gewinnen neben den Mitarbeitern auch die betreuten Patienten. Für sie ist es besonders wichtig, dass ein langfristiges Vertrauensverhältnis zu Bezugspersonen aufgebaut wird, um eine bestmögliche Genesung zu unterstützen. Das ist nun gesichert.

Mehr Infos gibt es hier:

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/to0050.asp?_ktonr=237242



Nur entfristete Arbeitsverträge ermöglichen die so wichtigen langfristigen Vertrauensverhältnisse für Kinder und Jugendliche.

Befristete Verträge sind inakzeptabel

Mitarbeiter des Auszugsmanagements verdienen tariflich bezahlte und unbefristete Arbeitsverträge. SPD-Fraktion stellt Änderungsantrag.

Das Projekt Auszugsmanagement für Flüchtlinge soll weiter fortgeführt werden, dies hat der Rat beschlossen. Allerdings werden nur drei der sieben Arbeitsverhältnisse entfristet, vier Stellen werden erneut von der Stadt Köln nur auf zwei Jahre finanziert. Das ist völlig unverständlich. Die Mitarbeiter des Auszugsmanagements leisten gute Arbeit und sparen der Stadt durch die Vermittlung von Flüchtlingen in reguläre Wohnungen ba-

res Geld. Schließlich müssen diese Menschen so nicht mehr in besonderen und weitaus teureren Unterkünften untergebracht werden. Das verdient Respekt und Anerkennung auch Seitens der Stadtverwaltung, insbesondere durch ordentliche, tariflich bezahlte und unbefristete Arbeitsverhältnisse. Befristete Verträge verunsichern die Menschen, schüren Zukunftsängste und sorgen auch für eine Ungleichbehandlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter untereinander.



By Superbass - Own work, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=44155902>

Gut Leidenhausen: Gründung eines Umweltbildungszentrums auf den Weg gebracht

Der Rat hat zugestimmt, dass auf Gut Leidenhausen ein Umweltbildungszentrum eingerichtet wird. Die Verwaltung hat ein ganzheitliches Umsetzungskonzept erarbeitet, für dessen Realisierung nun die erforderlichen personellen Ressourcen und Sachmittel bereitgestellt wurden.

Zielsetzung ist es, Naturerfahrungen und handlungsorientiertes Lernen für den Umgang mit der Umwelt praxisnah und erlebnisorientiert zu vermitteln. Inhaltlicher Schwerpunkt werden die Themen Artenvielfalt und Biodiversität sein.

Ganz im Sinne der SPD-Fraktion, die das Projekt seit Langem unterstützt und auch weiter fördert: Hier wird eine Einrichtung geschaffen, die ein umfangreiches und kostenfreies Angebot bietet, mit dem alle Bevölkerungsschichten erreicht werden können.

Weitere Informationen finden sich hier:

https://ratsinfo.sessionnet.verwaltung.stadtkoeln.de/vo0050.asp?smclogons-tart=2&_kvonr=70147&voselect=16713



Gut Leidenhausen wird zum Umweltbildungszentrum ausgebaut.